



HESSISCHER LANDTAG

27. 01. 2026

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion der SPD****Hessen ist gut auf Krisenfälle und Katastrophen vorbereitet und tritt extremistischen Gefahren entschieden entgegen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag verurteilt Sabotage und Anschläge auf die kritische Infrastruktur aufs Schärfste. Sabotageakte, wie der mutmaßlich linksterroristische Anschlag auf das Stromnetz in Berlin, Naturereignisse, wie die Flut im Ahrtal, oder die Häufung von Blackouts aufgrund technischer Pannen, bei denen Tausende Menschen zeitweilig ohne Strom auskommen müssen, nehmen zu. Sie können zu einer Gefahr für die Bevölkerung werden und sind keine abstrakte Theorie. Die moderne, hochvernetzte Gesellschaft ist anfällig für verschiedene Szenarien. Um auf hybride und reale Bedrohungen zu reagieren, ist die Stärkung des Krisenmanagements und der kritischen Infrastruktur erforderlich.
2. Der Landtag begrüßt es, dass sich Land und Kommunen auf Katastrophen und Anschläge auf Kritische Infrastrukturen (KRITIS) vorbereiten. Die uneingeschränkte und jederzeitige Verfügbarkeit elektrischer Energie ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für das Funktionieren des Staates und der Gesellschaft. Zur Stärkung der Krisenresilienz hat die Landesregierung bereits im Jahr 2023 den Hessischen Sicherheits- und Resilienzrat eingerichtet. Er bereitet das Land ressortübergreifend auf Krisen vor und steigert die Widerstandsfähigkeit von KRITIS. Für den Ernstfall ist der hessische Katastrophenschutz gut gerüstet.
3. Der Landtag stellt fest, dass seit dem Jahr 2008 über 100 Millionen Euro in Katastrophenschutzfahrzeuge investiert wurden. Die Zahl der Landesfahrzeuge hat sich von unter 300 auf rund 900 mehr als verdreifacht. Mit dem hessischen Resilienzplan 2027 soll in allen Bereichen eine spürbare Resilienzsteigerung erreicht werden, indem eine koordinierte Priorisierung von Aufgaben und Ressourcen erfolgt und Maßnahmen gebündelt werden. Hierbei helfen Arbeitsgruppen, welche beispielsweise Krisenbewältigungsmechanismen miteinander verzahnen und die Resilienz durch Krisenmanagementübungen steigern.
4. Der Landtag befürwortet es, dass mit Blick auf einen großflächigen, langandauernden Stromausfall im Katastrophenschutz gezielt vorgesorgt und unter anderem mobile Notstromaggregate und Sondereinsatzmittel wie Großstromaggregate beschafft wurden. Jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt kann auf ein Großstromaggregat zur Unterstützung von KRITIS als auch auf kleinere Stromaggregate zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Katastrophenschutzeinheiten zugreifen. Ein weiteres Beispiel für die Vorbereitung auf Stromausfälle ist die Landesförderung der Notstromertüchtigung von Feuerwehrhäusern in Hessen. In Zusammenarbeit mit den Kommunen erfolgen sowohl Schutzmaßnahmen als auch strategisch-planerische und organisatorische Vorsorgemaßnahmen, um die Funktionsfähigkeit von Einrichtungen im Notbetrieb zu gewährleisten.
5. Der Landtag stellt fest, dass Notstromaggregate allein nicht reichen. Auch die Eigenvorsorge der Bevölkerung muss vorangebracht werden. Staatliche Hilfe baue auf der Selbsthilfe der Bevölkerung auf und ergänze diese insbesondere für vulnerable Gruppen. Auch die Handlungsfähigkeit der Katastrophenschutzeinheiten und Krisenstäbe ist regelmäßig zu überprüfen.
6. Der Landtag begrüßt, dass zu aktuellen Sicherheitsthemen ein „Gemeinsamer Sicherheitsdialog“ mit Vertretern hessischer Ministerien, Sicherheitsbehörden, der Bundeswehr sowie der Wirtschaft besteht. Darüber hinaus nimmt das Land Hessen seit Jahren an der Länder- und Ressortübergreifenden Krisenmanagementübung, kurz LÜKEX, teil. Die LÜKEX ist ein deutschlandweit einmaliges Übungsformat auf strategischer Ebene von Bund, Ländern

und KRITIS-Betreibern. Im Ergebnis soll das Bündel aus Maßnahmen dazu dienen, im Ernstfall die Staats- und Regierungsfunktionen sowie KRITIS zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger aufrechtzuerhalten. Der Landtag nimmt dies mit Anerkennung zur Kenntnis.

7. Der Landtag sieht es mit Sorge, dass politische Kräfte die gesellschaftliche Polarisierung forcieren und gerade an den Rändern die Radikalisierung zunimmt. Auch wenn der Rechtsextremismus weiterhin die größte Gefahr für das Land Hessen darstellt, stellt der Landtag fest, dass die Gefahren durch den Linksextremismus steigen. Auch für das Jahr 2025 ist nach derzeitigem Stand ein weiterer Fallzahlenanstieg linksmotivierter Straftaten für Hessen zu erwarten, wie sich dies exemplarisch an Brandanschlägen gegen Transportfahrzeuge des Regierungspräsidiums Gießen und vier Fahrzeuge der Bundeswehr in Kassel zeigte. Ziel ist es, regelmäßig den Staat und seine Institutionen zu delegitimieren. Der Landtag verurteilt jedwede Form des Extremismus.
8. Der Landtag begrüßt es, dass Hessen mit einem Maßnahmenbündel auch gegen Bedrohungen durch verschiedene Formen des Extremismus vorgeht. Das Landesamt für Verfassungsschutz fungiert insoweit als Frühwarnsystem. Die Demokratieförderprogramme des Landes Hessen unterstreichen die Bedeutung der Demokratie für unser Zusammenleben und stärken das Vertrauen der Menschen in sie. Kern des Landesprogramms „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ ist die Aktivierung und Stärkung einer breiten demokratischen Basis und ein Zurückdrängen verfassungsfeindlicher Bestrebungen beziehungsweise der politisch motivierten Kriminalität. Hervorzuheben ist, dass nunmehr das Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation e. V. für den Aufbau und für die Arbeit einer landesweiten Fachstelle Linksextremismus gefördert werden wird. Dieses Netzwerk soll über linksextremistische Ideologien, Strukturen und Erscheinungsformen aufklären und helfen, Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, einzuordnen und entgegenzuwirken. Der Kampf gegen die weiterhin größte Bedrohung in Form des Rechtsextremismus wird damit nicht kleiner werden, aber der Einsatz für die Demokratie um ein Programm gegen Linksextremismus ergänzt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 27. Januar 2026

Für die Fraktion

der CDU

Die Fraktionsvorsitzende:

Ines Claus

Für die Fraktion

der SPD

Der Fraktionsvorsitzende:

Tobias Eckert